



ÖSTERREICHISCHE
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN



INSTITUT FÜR
TECHNIKFOLGEN-
ABSCHÄTZUNG

September 2004

**EU-Online Debatten:
Wer redet mit?**

**pTA: die erste österr.
BürgerInnenkonferenz**

HTA: Chronische Hepatitis C

**Bedingungen für
Lebenszufriedenheit**

Privacy in Europas Zukunft

N

E

W

S LETTER

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Der Anschlag auf das New Yorker World Trade Center, das Übergreifen des Terrors auf Europa und der Anstieg der Kleinkriminalität seit der Öffnung des Ostens haben einen Trend der Verunsicherung der Bevölkerung verstärkt, der schon seit den späten siebziger Jahren zu beobachten ist. Große Teile der Bevölkerung rufen nach mehr Überwachung und nach mehr Polizei, obwohl ihr nur 75 % der Österreicher trauen (gegen 85-90 % der Skandinavier). Die Politiker und vor allem die Sicherheitsbehörden folgen solchen Wünschen nur zu gerne. Damit erwecken sie jedoch gefährlich-falsche Erwartungen: Denn die Vergangenheit hat nur zu deutlich gezeigt, dass die Attentate durch zusätzliche technische Überwachungsmaßnahmen nicht zu verhindern gewesen wären; nicht an solchen mangelte es, sondern bestenfalls an der Auswertung und Interpretation ohnedies vorhandener Information.

Es gehört zu den grundlegenden Erkenntnissen der Technikfolgen-Abschätzung, dass Technik per se kaum je in der Lage ist, andere als rein technische Probleme zu lösen. Weitere Terrorattentate werden demgemäß trotz der zusätzlichen Überwachungseinrichtungen nicht verhindert werden können. Aber jede neue Attacke wird eine weitere Drehung des Teufelskreises ständig verschärfter Überwachung auslösen. Irgendwann wird die Enttäuschung der Bevölkerung das Klima umschlagen lassen, und sich scharf gegen die „Ineffizienz“ von Politik, Polizei und Geheimdiensten wenden. Die Folgen sind unabsehbar.

Statt erhebliche Mittel in technische Einrichtungen zu investieren, deren einzige Folge ein neuer Schritt in Richtung Orwell'scher Überwachungsstaat wäre, muss ein breiter Ansatz gewählt werden. Erstens müssen rasch Schritte zur Beseitigung der wahren Ursachen des Terrors auf nationaler und europäischer Ebene gesetzt werden; das ist allerdings ein langer und schwieriger Weg, der auch nie voll erfolgreich sein kann: Kriminelle und Fanatiker wird es immer geben. Als zweiter Schritt wird man daher nicht herumkommen, besonders gefährdete Objekte mit Hilfe technisch-organisatorischer Maßnahmen besonders zu schützen – Überwa-

chung von Objekten ist einfacher und unbedenklicher als die Überwachung der Bevölkerung. Drittens aber, als wichtigster Punkt: Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung der Bevölkerung. Die durch die Anschläge und die Berichterstattung gesteigerte Verunsicherung hat zu überschüssenden Reaktionen geführt – man ist zunächst bereit mehr Überwachung zu tolerieren, wenn dadurch Anschläge verhindert werden können. Doch das kann und darf nicht versprochen werden; der Bevölkerung muss bewusst werden, dass absolute Sicherheit auf keine Weise erreicht werden kann, und zusätzliche Sicherheit durch Überwachung durch geringere persönliche Freiheit erkaufte werden muss. Alle Erfahrung mit Diktaturen zeigt jedoch, dass Eingriffe in die Privatsphäre sehr rasch auf massive Ablehnung stoßen. Abgesehen von der materiellen Fehlinvestition wäre es auch politisch äußerst problematisch, wenn eine Debatte darüber entstünde, wieweit die Regierungen Attentatsängste dazu benutzt hätten, um Überwachungseinrichtungen zu installieren, die manche Polizeibehörden immer schon gefordert hatten.

Gunther Tichy

Inhalt

ITA-Projekte

Partizipative TA – das Beispiel der österreichischen BürgerInnenkonferenz	2
Wer redet mit? Diskursqualität in EU Online Debatten	3
Assessment zu chronischer Hepatitis C in Österreich	5
Privacy in Europa	6
Lebenszufriedenheit und Verunsicherung	7
Medialer Wandel und Europäische Öffentlichkeit	9
Datenbank für ITA-Veranstaltungen online.....	11

TA-aktuell

Internationale HTA-Jahrestagung in Krakau ...	11
Initiative zu Analogpräparaten Das „Oregon Drug Class Review“ Projekt	13

Publikationen der letzten 3 Monate

ITA-Veranstaltungen

Kontakt

Partizipative TA – das Beispiel der österreichischen BürgerInnenkonferenz

BürgerInnenkonferenzen sind ein wichtiges Instrument partizipativer Politikberatung. Von solchen Verfahren erwartet man, dass Werturteile und Sichtweisen von informierten Laien eingebracht werden, die ansonsten – im Diskurs der ExpertInnen – zu kurz kommen. Im letzten Jahr wurde in Wien eine BürgerInnenkonferenz zum Thema genetische Daten durchgeführt. Die Analyse von deren Organisation, Ablauf und Ergebnissen war Gegenstand eines kürzlich am ITA abgeschlossenen Projekts.

Partizipative Formen der TA sind seit den 1990er Jahren verstärkt in der Diskussion, und das aus gutem Grund. Die rasanten Fortschritte in den Informations- und Kommunikationstechnologien, die moderne Bio- oder die Nanotechnologie konfrontieren eine wertpluralistische Gesellschaft mit ethischen Herausforderungen und politischen Entscheidungszwängen. Diese treffen auf eine Gesellschaft, in der zentrale Gewissheiten der Nachkriegsjahrzehnte brüchig geworden sind. Man denke etwa an die sinkende Akzeptanz gegenüber staatlichem Handeln, an das schwindende Vertrauen in die Prognosefähigkeit der Wissenschaft oder an den Autoritätsverlust von ExpertInnen. All dies hat zur Folge, dass die Legitimation einer TA, die sich allein auf die Urteile von ExpertInnen stützt, zunehmend problematisch wird. Eine Antwort auf diese Entwicklung ist der Versuch, außerwissenschaftliche Vernunft in den Prozess der Bewertung von Technologien einzubeziehen. Mit der Konsensuskonferenz hat der dänische Technologierat ein partizipatives Verfahren entwickelt, das zum Vorbild für BürgerInnenkonferenzen in vielen Ländern wurde – nicht zuletzt für Österreich.

Die österreichische BürgerInnenkonferenz „Genetische Daten – woher, wohin, wozu?“ wurde vom 20. bis 23. Juni 2003 in Wien von der PR-Agentur „communication matters“ als Teil einer „Public-Awareness“-Kampagne des Rats für Forschung und Technologieentwicklung zum Thema Innovation durchgeführt. Trotz zeitlicher Verzögerung und ökonomischer Engpässe wurde so der Nachweis erbracht, dass derartige part-

zipative Verfahren auch in Österreich durchgeführt werden können.

Im Mittelpunkt des ITA-Projekts stand die Analyse der institutionellen Einbettung und Organisation sowie des Ablaufs und der Ergebnisse der österreichischen BürgerInnenkonferenz. Darüber hinaus wurde eine Einordnung dieser Veranstaltung in den internationalen Kontext vorgenommen. Zur Bewertung der konkreten Ergebnisse wurden zunächst die mit der Konferenz verbundenen Zielvorstellungen analysiert. Schließlich müssen sich mit der Durchführung von BürgerInnenkonferenzen ja nicht zwangsläufig normativ anspruchsvolle Ziele verbinden; man kann sie auch in den Kontext eines traditionellen „Public Understanding of Science“, also einer bloßen Wissensvermittlung stellen. Die weitere Analyse umfasste wesentliche „Meilensteine“ der Konferenz wie die Auswahl der Laien, der ExpertInnen und des Themas; die Bewertung der Moderation, der Stellungnahme des Laienpanels sowie die Resonanz in Medien, Politik und Wissenschaft. Aufgrund des speziellen Interesses an der Frage, wie die Meinungsbildung und die Erstellung des BürgerInnen-Votums abliefen, wurden Gruppenprozesse und Interaktionen zwischen Laien und ExpertInnen besonders detailliert untersucht. Aus der Analyse ergibt sich folgendes Bild:

Zunächst erwies sich der institutionelle Kontext des Projekts als problematisch, weil einige Akteure der Veranstaltung mangelnde Glaubwürdigkeit attestierten. Ganz offensichtlich wurde eine PR-Agentur nicht als seriöser Träger angesehen. Im Nachhinein lässt sich allerdings feststellen, dass der Veranstalter diese Bedenken mit der konkreten Form der Durchführung entkräftet hat.

Für die wissenschaftliche Beratung wurde eine Arbeitsgruppe aus Natur- und SozialwissenschaftlerInnen hinzu gezogen. Eine klare Zielvorstellung für diese BürgerInnenkonferenz wurde von dieser aber nicht entwickelt. Das hatte zur Folge, dass die Erfolgskriterien der Veranstaltung diffus blieben und die Ansprüche an das Verfahren recht gering gehalten wurden –

das Verfahren wurde vor allem unter dem pragmatischen Gesichtspunkt des reibungslosen Ablaufs durchgeführt.

Das gewählte Thema erwies sich als eher unklar und wenig aktuell. Die Laien hatten Schwierigkeiten mit dessen Eingrenzung, und für die Medien war es aufgrund mangelnder Aktualität wenig attraktiv. Die Auswahl an ExpertInnen war in manchen Bereichen zu gering. Die finanziellen Mittel ließen es jedoch nicht zu, ExpertInnen aus dem deutschsprachigen Ausland hinzu zu ziehen. Die Auswahl der TeilnehmerInnen war sorgfältig und ausgewogen. Das Laienpanel erwies sich als sehr harmonisch, und im Verlauf des Projekts ließ sich bei den Laien ein substanzieller Wissenszuwachs feststellen.

Die öffentliche Konferenz am 20. und 21. Juni 2003 war äußerst schwach besucht. Zwischen den Laien und ExpertInnen gab es nur wenig Diskussion; die Kommunikation war stark auf Faktenfragen konzentriert. Auch im Vorfeld der Konferenz waren die Laien vor allem an Fakten, weniger an Bewertungen und ethischen Implikationen interessiert. Die Stellungnahme der BürgerInnen fiel inhaltlich wenig bemerkenswert aus und war stark von den Aussagen der ExpertInnen geprägt.

Die Moderation achtete sehr auf Neutralität und die Herstellung von Gruppenharmonie. Lebhaften Kontroversen stand diese Harmonieorientierung allerdings im Wege. Der gruppendynamische Akzent erforderte einen zweiten

Moderator. Dies führte im konkreten Fall zu einer unklaren Trennung zwischen Projektmanagement und Moderation.

Die BürgerInnenkonferenz fand weder in der Politik noch in den Printmedien nennenswerte Beachtung, der ORF hingegen berichtete ausführlicher.

Diese Kritik deutet darauf hin, dass es bei der Durchführung einer neuen BürgerInnenkonferenz einige wichtige Punkte zu beachten gilt:

1. Es bedarf konkreter Zielvorstellungen mit klarer Arbeitsteilung zwischen konzeptionellen und operativen Aufgaben.
2. Die Veranstalter müssen im Vorfeld für Rückhalt in der Politik sorgen.
3. Die Printmedien müssen schon in der Vorbereitung verstärkt beteiligt werden.
4. Das Thema der Konferenz sollte aktuell und entscheidungsrelevant sein.
5. Die Diskussionen mit den ExpertInnen sollten lebhaft sein, die Laien zu Dissens ermutigt werden.
6. Die Stellungnahme des Laienpanels sollte eigenständige Beurteilungen der Materie enthalten.

Der vollständige Projektbericht wird nach erfolgter Präsentation durch die Auftraggeber auf der Homepage des ITA zugänglich gemacht werden.

(Alexander Bogner)

Wer redet mit?

Diskursqualität in EU Online Debatten

Seit Anfang 2001 haben BürgerInnen die Möglichkeit am EU Talkboard „Ihre Stimme in Europa“ politische Themen von Europarelevanz zu diskutieren. Das ITA unternahm im Rahmen eines Forschungsprojekts eine empirische Untersuchung, die der Frage nach der Diskursqualität und der Interaktionsbereitschaft in Online Debatten gewidmet war.

Der politische Diskurs zwischen EuropäerInnen am EU Talkboard „Ihre Stimme in Europa“

(http://europa.eu.int/yourvoice/index_de.htm) stand im Mittelpunkt einer empirischen Untersuchung, die im Rahmen des ITA Projekts „Europeans have a Say: Online Debates and Consultations“ soeben abgeschlossen wurde. Mit Hilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse wurde zum einen die Frage erörtert, inwieweit sich die TeilnehmerInnen „interaktionsfreudig“ mit anderen DiskutantInnen zeigten, zum anderen wurden ausgewählte Online Diskussionen hinsichtlich ihrer Diskursqualität durchleuchtet. Als the-

oretische Grundlage für diese empirische Analyse diente hierzu die „deliberative Demokratietheorie“, in der Interaktion und der „kritisch-rationale Diskurs“ als Kernvariablen definiert und in statistisch fass- und messbare Kategorien übersetzt wurden.

Knapp 2.200 Diskussionsthemen wurden seit Beginn des Talkboards (Jänner 2001) bis Februar 2004 von den DiskutantInnen vorgeschlagen – das ergibt ein „Pool“ von mehr als 12.000 Beiträgen, aus dem mittels einer „geschichteten Zufallstichprobe“ ein repräsentatives Sample für die Inhaltsanalyse gezogen wurde: 626 Postings, die von 225 DiskutantInnen auf das Talkboard gestellt wurden, bildeten die Grundlage für diese empirische Analyse. Besonders auffällig ist, dass fast ein Drittel der vorgeschlagenen Themen keinen Anklang bei anderen Talkboard TeilnehmerInnen fand. Die Ursachen dafür konnten in dieser Analyse nicht aufgedeckt werden und würden weitere empirische Untersuchungen erfordern.

Weiters zeigte sich, dass nur 25 von insgesamt 225 TeilnehmerInnen die Hälfte aller Beiträge stellten. Diese wiederum versammelten sich vorwiegend in Kleingruppen (etwa 3 bis 4 Personen). Hier konnten die häufigsten Interaktionen (z. B. direkte Antwort auf einen anderen Diskussionsbeitrag) festgestellt werden. Jene Personen, die innerhalb des Erhebungszeitraums durchschnittlich weniger Postings verfassten, neigten eher dazu, neue Diskussionen zu initiieren als auf andere Kommentare, Anregungen oder Fragen einzugehen. In 95 % der Fälle war Englisch die vorherrschende Sprache, wobei einige wenige versuchten in ihren jeweiligen Landessprachen zu diskutieren – zu meist aber ohne nennenswerten Erfolg.

Die Erfassung von rationalen Argumenten war eine der größten Herausforderungen, die sich bei der Entwicklung des Analyserahmens stellte. Hierbei erwiesen sich Studien, die ähnliche Fragestellungen zu Online Diskussionen bearbeiteten, als adäquate Referenzpunkte. Vor diesem Hintergrund wurden Nachvollziehbarkeit in der Argumentation und Ausgewogenheit in der Formulierung als Hauptkategorien für die Bestimmung einer rationalen Darlegung von Standpunkten bestimmt. Hinsichtlich des kritisch-rationalen Diskurses konnte festgestellt werden, dass mehr als zwei Drittel der Beiträge, sehr gut nachvollziehbare Argumentationslinien aufwiesen. Etwa 30 % der Postings wurden zudem als „sehr ausgewogen“ codiert, da die VerfasserInnen nicht nur treffenden Argumente für ihre Meinungen vorbrachten, sondern auch Gegenstandspunkte in ihren Beiträgen berücksichtigten. Während andere empirische Untersuchungen zu deliberativen Diskursen in Internetforen oft nur ein sehr geringes Maß an qualitativ gut geführten Diskussionen identifizierten, konnte in dieser Inhaltsanalyse das Gegenteil festgestellt werden. Die Themenvorschläge zeigen weiters, dass sich ein sehr spezialisiertes (Fach-)Publikum einfindet, welches nicht nur grundlegende Fragen bzw. Problemstellungen (wie z. B. Sprachdominanz in der EU) sondern auch tagespolitische Themen, wie der viel diskutierte mögliche Unionsbeitritt der Türkei, online verhandelt.

Bleibt zuletzt die Frage nach dem individuellen Nutzen dieser Online Diskussionen. Welchen Mehrwert haben Online Debatten für die TeilnehmerInnen? Ein Diskutant scheint hierauf eine sehr treffende Antwort gefunden zu haben, wenn er in einem Posting schreibt [...] *„In any case, the whole idea of debate, especially one online, as I understand it, is to learn from each other and to remove, in as much as it is possible, unexamined assumptions that hinder the reaching of truth“.*

(Roman Winkler)

Assessment zu chronischer Hepatitis C in Österreich

Das ITA hat erstmals in Kooperation mit der pharmazeutischen Industrie ein Health Technology Assessment (HTA) erstellt. Unter Berücksichtigung der internationalen wissenschaftlichen Literatur sowie der österreichischen Gegebenheiten wurden Implikationen für die Therapie der chronischen Hepatitis C und für den ökonomischen Ressourceneinsatz erarbeitet. Die Erstellung eines längerfristigen Konzepts zum Management der Hepatitis C mit den Schwerpunkten Information, Prävention und optimale Versorgung der Erkrankten auf nationaler Ebene wird empfohlen.

Hepatitis C ist eine entzündliche Erkrankung der Leber, hervorgerufen durch das Hepatitis C Virus (HCV). HCV wird vor allem durch direkten Kontakt mit kontaminiertem Blut übertragen (z. B. durch nicht auf HCV geprüfte Blutkonserven, gemeinsamen Nadelgebrauch bei intravenös Drogenabhängigen). Die akute Erkrankung verläuft meist ohne schwerwiegende Symptome. In bis zu 80 % nimmt die Erkrankung einen chronischen Verlauf. Beschwerden treten jedoch erst 10 bis 20 Jahre nach der Infektion auf. Zu den schwerwiegenden Folgeerkrankungen zählen Leberzirrhose und Leberzellkarzinom, die eine Lebertransplantation notwendig machen können.

Weltweit sind schätzungsweise 170 Millionen Menschen chronisch mit HCV infiziert. In Österreich leben bis zu 80.000 (0,5 bis 1 % der Bevölkerung) potentiell chronisch infizierte Personen. Die HCV-Infektion stellt somit aufgrund ihrer Häufigkeit und wegen der hohen Wahrscheinlichkeit chronischer und zum Teil progredienter Krankheitsverläufe weltweit und auch in Österreich eine medizinische und gesundheitspolitische Herausforderung dar.

Eine frühzeitig einsetzende Diagnostik und Therapie hilft, die Inzidenz schwerwiegender Komplikationen zu senken. Dadurch wird ein medizinischer sowie volkswirtschaftlicher Nutzen erwartet. Diese Überlegungen führten zur Initiierung einer Aufklärungskampagne. Diese wurde im Frühjahr 2003 von der „Action Hepatitis C“

(public-private partnership zwischen Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, AESCA Pharma Ges.m.b.H., medizinischen Experten und einer Selbsthilfegruppe) gestartet. Für dieses HTA wichtige Forschungsfragen wurden im Herbst 2003/Frühjahr 2004 vom ITA und AESCA Pharma Ges.m.b.H. gemeinsam identifiziert.

Schwerpunkte des Hepatitis C Management liegen auf vorbeugenden sowie auf gezielten therapeutischen Maßnahmen. Es gilt bevölkerungs- und individualmedizinische Ansätze zu koordinieren. Information und Prävention sind aus epidemiologischer Sicht wesentlich. Eine antivirale Therapie mit pegylierten Interferonen in Kombination mit Ribavirin ist für Patienten mit chronischer HCV-Infektion, die noch keine Therapie erhalten haben und bestimmte Bedingungen erfüllen, die effektivste Therapieform.

Die antivirale Kombinationstherapie kann vielfältige und schwerwiegende Nebenwirkungen, wie z. B. grippeähnliche Symptome, Anämie, Depression, auslösen. Diese beeinflussen wesentlich die Compliance (u. a. konsequente Einnahme der Medikamente) der Patienten. Der Therapiebeginn ist fast immer mit einer Verschlechterung der Lebensqualität assoziiert. Weiters gilt zu bedenken, dass das dauerhafte Ansprechen auf die Therapie bei 50-80 % der Patienten unter Studienbedingungen erzielt wurde. Fraglich erscheint, ob die Therapie unter Routinebedingungen zu ähnlichen Ergebnissen wie in Studien führt.

Die Therapie mit pegylierten Interferonen in Kombination mit Ribavirin wird als die medizinisch effektivste aber auch teuerste Therapiestrategie beschrieben. Gleichzeitig wird sie im Vergleich zu akzeptierten Maßnahmen in anderen medizinischen Bereichen sowie im Kontext unterschiedlicher nationaler Gesundheitssysteme (z. B. in Deutschland, Großbritannien) als kosteneffektiv bewertet.

In Österreich werden Patienten mit HCV-Infektionen an speziellen Zentren meist Spitalsambulanz, betreut. Das Vorgehen betreffend Diagnose, Therapie und Kontrolluntersuchungen erscheint einheitlich zu erfolgen und richtet sich nach nationalen und internationalen Empfeh-

lungen. Abgesehen von der optimalen Versorgung der Erkrankten sind die Akteure der Gesundheitspolitik gefordert, die Anstrengungen in der Vorbeugung der HCV-Übertragung speziell in Risikogruppen zu verstärken. Ein generelles Screening wird aufgrund fehlender wissenschaftlicher Evidenz nicht empfohlen.

Für die nächsten Jahre stellt die chronische Hepatitis C aufgrund der Zunahme der behandlungsbedürftigen Patienten in Österreich ein relevantes gesundheitspolitisches Problem dar. Im Hinblick auf die steigenden Behandlungskosten wäre es wünschenswert, schon früh im Behandlungsplan prädiktive Parameter einzuset-

zen, um besser als bisher den zu erwartenden Therapieerfolg abschätzen zu können. Die zahlenmäßige Bedeutung wird nach einem erwarteten Gipfel um das Jahr 2010 in Österreich abnehmen, da eine der früheren Hauptinfektionsquellen durch die Verbesserung der Blutproduktesicherheit beseitigt wurde. Die angedachten Handlungsoptionen können auch als Prototyp für den Umgang mit anderen gesundheitspolitischen Fragestellungen, die Infektionskrankheiten bzw. chronische Erkrankungen betreffen, angesehen werden.

(Susanna Jonas)

Privacy in Europa

Die Bedrohung der Privatsphäre ist international, zunehmend wird es auch die Forschung über deren Auswirkungen. Sieben EPTA¹-Mitglieder führen ein gemeinsames Projekt zum Stand und den Zukunftsperspektiven von Datenschutz und Privatsphäre in Europa durch.

Gemeinsam mit KollegInnen aus Dänemark und Norwegen war das ITA an der Konzeption eines länderübergreifenden Forschungsprojekts zum Thema „Informations- und Kommunikationstechnologien und Privatheit in Europa“ beteiligt. Nach Vorstellung des Projekts im Rahmen des EPTA Directors Meetings im Mai in Paris wurde Mitte Juni bei einem Kick-Off Meeting in Oslo das Projekt offiziell in Angriff genommen. Es verfolgt zwei unterschiedliche wenn auch sehr eng miteinander verwobene Ziele. Hauptstoßrichtung bildet, wie bei jeder Technikfolgenabschätzung die Erarbeitung von Handlungsoptionen für Entscheidungsträger. Ein wesentlicher zweiter Aspekt in diesem Projekt ist aber auch zu demonstrieren, wie aus den Erfahrungen und dem Wissen der unterschiedlichen nationalen, parlamentarischen TA-Einrichtungen durch Zusammenarbeit ein Mehrwert entsteht, der nicht nur auf gesamteuropäischer Ebene, sondern auch in den einzelnen nationalen Kontexten gewinnbringend eingesetzt werden kann.

¹ EPTA: European Parliamentary Technology Assessment.

Der Schutz der Privatsphäre ist ein für Demokratien unverzichtbares Grundrecht. Es ist allerdings sowohl von staatlicher wie auch von privatwirtschaftlicher Seite bedroht. Wesentlich beschleunigt und erleichtert wird dies durch technische Entwicklungen. Kaum ein Lebensbereich lässt sich noch bewältigen, ohne elektronische Spuren zu hinterlassen. Die oft vorgetragene Gleichung „Mehr Überwachung = mehr Sicherheit“ führt im internationalen „Kampf gegen den Terrorismus“ zu überzogenen Reaktionen seitens der Politik, die massiv in dieses Grundrecht eingreifen. Von Seiten der Unternehmen wiederum sind personenbezogene Daten deshalb so begehrt, weil man meint, durch – zu Verhaltensprofilen zusammengefasste – Daten, die KonsumentInnen besser zu kennen und mit spezieller Ansprache und individueller Werbung höhere Umsätze machen zu können.

Einige Mitgliedsorganisationen von EPTA haben sich schon in früheren Projekten mit Fragen des Schutzes der Privatsphäre auseinandergesetzt. Die unterschiedlichen Ansätze und Methoden sowie die sehr stark kontextabhängigen – also durch das jeweilige nationale politische und kulturelle Umfeld beeinflusste – Einschätzungen der Bedrohungen stellen das Ausgangsmaterial für dieses Gemeinschaftsprojekt dar. Unterschiedliche Herangehensweisen und kulturelle Besonderheiten können so den Blick auf gemeinsam geteilte Werte und Einstellungen, wie auch auf noch offenen Fragen richten. Die Beachtung na-

tionaler Besonderheiten wiederum muss auch im Politikprozess auf europäischer Ebene ihren Niederschlag finden.

Das Projekt gliedert sich in drei Phasen, wobei die erste vor allem darin besteht, bereits erarbeitete Forschungsergebnisse zu erfassen und auf Überschneidungen und auf noch unbehandelte Bereiche hin zu untersuchen. Ziel ist es, technologische und politische Entwicklungen auf ihr Bedrohungs- wie auch auf ihr Lösungspotential hin zu analysieren. In einer zweiten Phase wird aus den Ergebnissen der einzelnen Berichte eine Synthese angestrebt, die in weiterer Folge in Phase drei des Projektes zu Empfehlungen verdichtet werden.

Methodisch werden wir so vorgehen, dass neben der Literaturanalyse auch partizipative Ele-

mente verwendet werden: Mit Hilfe der Einbeziehung von Laien soll geklärt werden, welche möglichen Bedrohungen auch wirklich als solche empfunden werden. Am Ende wird ein Szenario für ein Europa in 20 Jahren entwickelt, in dem Regulierung, Recht, Organisation und Technologie die informationelle Privatheit für europäische Bürger sichern sollen. Davon abgeleitet werden wir Handlungsoptionen und Empfehlungen für Entscheidungsträger auf nationaler, wie auch europäischer Ebene erarbeiten. Unsere Projektpartner sind Technologirådet, Dänemark; Technologirådet, Norwegen; POST, Großbritannien; viWTA, Belgien; das Rathenau Institut, Niederlande und TA-Swiss, Schweiz. Die Laufzeit des Projektes beträgt zwei Jahre.

(Walter Peissl)

Lebenszufriedenheit und Verunsicherung

Alle wirtschaftlichen und technischen Aktivitäten haben letztlich das Ziel, die Lebensvoraussetzungen der Menschen zu verbessern und ihre Lebenszufriedenheit zu steigern. Üblicherweise geht man davon aus, dass das durch die Steigerung der Effizienz und, daraus folgend, des Einkommens zu erreichen ist. Neure Forschungen, die von der Selbsteinschätzung der Zufriedenheit durch die Betroffenen ausgehen, stellen diese Annahme in Frage: Soziale Faktoren, die Einbindung in Entscheidungsprozesse, oder die Absicherung im Sinne einer Abschätzbarkeit der Entwicklung erwiesen sich als viel wichtiger.¹ Die Technikskepsis bzw. -feindlichkeit, die in vielen Ländern diagnostiziert wird, stellt sich in die-

sem Zusammenhang als Folge einer generellen, viel tiefer liegenden Verunsicherung heraus.

Nicht bloß die Volkwirte glauben, dass das Einkommen der zentrale Bestimmungsgrund menschlicher Aktivität und die Basis der Zufriedenheit der Bürger ist. Tatsächlich gilt das jedoch nur für sehr arme Länder mit pro Kopf-Einkommen unter € 10 000.² Die Fehleinschätzung beruht darauf, dass sich Reiche üblicherweise glücklicher fühlen als Arme. Das hat jedoch nicht mit dem absoluten sondern mit dem relativen Einkommen zu tun: Am Zufriedenheits-Gefälle ändert sich nichts, wenn die Einkommen aller gleichmäßig steigen, der Einkommensabstand also gleich bleibt, auch wenn dadurch die Armen so ‚reich‘ werden wie die Reichen zuvor. Überdies übersah die Argumentation, dass sich mit steigendem Einkommen auch die Bedürfnisse anpassen – ein Handy, ein Geschirrspüler oder ein Auto werden dann eben zum Mindeststandard.

Viel wichtiger für die Zufriedenheit als das Einkommen erwies sich eine aufrechte Ehe; sie ist der wichtigste Faktor überhaupt: Verwitwete und erst recht Geschiedene sind viel seltener zufriede-

¹ Die Ausführungen beruhen auf folgenden Arbeiten des Autors:

Der Wandel von der ‚Sozialdemokratischen Geborgenheit‘ zur ‚Neuen Unsicherheit‘ – Eine vernachlässigte Ursache der Stagnation, *Wirtschaft und Gesellschaft* 30(1), 9-26.

Die Risikogesellschaft – Ein vernachlässigtes Konzept in der europäischen Stagnationsdiskussion (ITA manu:script, http://www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_03_02.pdf).

Die ‚Neue Unsicherheit‘ als Ursache der europäischen Stagnation (erscheint in *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*).

Die Unzufriedenheit der Bürger mit den Zielen der Wirtschaftspolitik – Zu den Erkenntnissen der ‚happiness-Forschung‘ (erscheint in *Wirtschaft und Gesellschaft* 4/2004).

² Das österreichische pro Kopf-Einkommen beträgt derzeit fast das Dreifache.

den als Verheiratete. Zeitwichtigster Bestimmungsgrund ist die *Beschäftigung*: Arbeitslose büßen erheblich an Zufriedenheit ein, und zwar durch den Verlust des Arbeitsplatzes als solchem. Dass dahinter primär rein psychologische Elemente stehen wird dadurch bestätigt, dass die Zufriedenheits-Einbuße viel kleiner ist, wenn Arbeitslosigkeit ‚üblich‘ ist, also Ehepartner und Freunde gleichfalls arbeitslos sind oder die Arbeitslosenquote hoch ist. Zu den psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit kommen natürlich noch die materiellen – der Einkommensverlust – hinzu, doch sind diese viel kleiner.

Die Untersuchungen zeigen weiters, dass die individuellen Bestimmungsgründe der Lebenszufriedenheit zwar wichtig, aber keineswegs die einzigen sind. Das lässt sich schon an der großen Unterschieden zwischen den europäischen Staaten erkennen (siehe die Abbildung), die keineswegs zur Gänze auf individuelle Unterschiede zurückgeführt werden können. Ein erheblicher Teil der Länder-Unterschiede ergibt sich aus dem jeweils herrschenden sozialen Klima, der unterschiedlichen Abschätzbarkeit der Zukunft und der Problemlösungskapazität des politischen Systems.

Zu einem Lebenszufriedenheit-schaffenden sozialen Klima gehört eine nicht zu ungleiche Einkommensverteilung und ein hoher Grad an Beschäftigung. Die Masse der Bürger – keineswegs bloß die Armen – fühlt sich nicht wohl,

wenn es Anderen sehr viel schlechter geht; dabei dominiert die soziale Motivation, die Befürchtung selbst einmal in diese Situation zu kommen, scheint sekundär. Auch Partizipation, im politischen Bereich wie am Arbeitsplatz gehört zu den wichtigen Bestimmungsgründen der Lebenszufriedenheit.

Verunsicherung mangels Abschätzbarkeit der Zukunft scheint ein weiterer zentraler Bestimmungsgrund zu sein, der empirisch allerdings weniger leicht zu fassen ist. ‚Sicherheit‘ ist mit steigendem Wohlstand in der Zielhierarchie der Bürger deutlich aufgerückt; Strukturwandel mit nicht leicht erkennbaren Folgen, Technologien mit unbekanntem Risikopotential, Finanzierungsprobleme des Staats (Staatsschulden) oder besonders des Sozialsystems gehören zu den Faktoren, die in vielen Staaten wichtige Ursache der Verunsicherung und damit geringer Lebenszufriedenheit sind.

Die Verunsicherung mangels Abschätzbarkeit der Zukunft wirkt sich dann besonders negativ auf die Lebenszufriedenheit aus, wenn sie mit Zweifeln an der *Problemlösungskapazität des jeweiligen Systems* einhergeht. Persönliche Nachteile wirken auf die Lebenszufriedenheit dann nicht negativ, wenn deren Notwendigkeit klar gestellt wird, und die Belastungen fair verteilt sind. Ein Vergleich der Entwicklung in der nordischen Staaten mit denen in den großen EU-Flächenstaaten soll das kurz illustrieren.

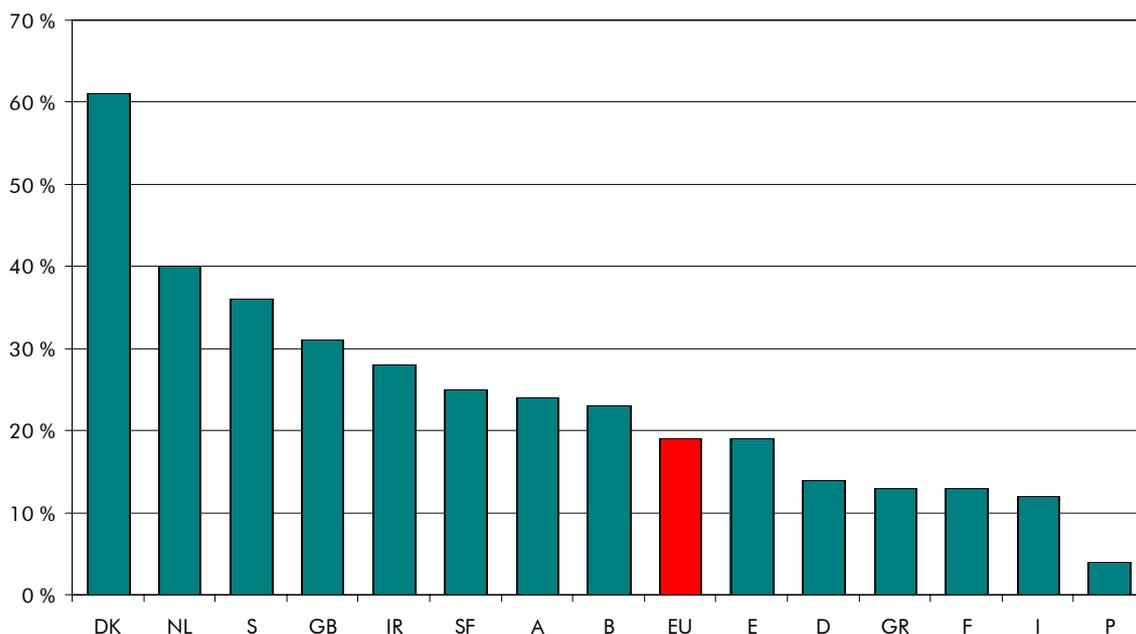


Abbildung: Hohe Lebenszufriedenheit im Ländervergleich

Wie die Übersicht zeigt, halten sich die Bürger der nordischen Staaten für markant zufriedener als die deutschen, französischen und italienischen.³ Ein Teil dieser Unterschiede kann durch die gleichmäßigere Einkommensverteilung im Norden und die im allgemeinen geringere Arbeitslosigkeit (Ausnahme Finnland) erklärt werden. Zumindest gleich wichtig erscheint jedoch der geringere Grad an Verunsicherung: Das gilt für physische Sicherheit ebenso wie für die Einschätzung von Veränderungen im Allgemeinen und technischer Änderungen im Besonderen. Die größere Akzeptanz von Änderungen im Norden ist vor allem deswegen bemerkenswert, weil die Bevölkerung dort einen sogar überdurchschnittlichen Einfluss der Veränderungen auf das eigene Leben erwartet, und das Gefühl, mit dem technischen Fortschritt nicht Schritt halten zu können, auch nicht schwächer ausgeprägt ist als in den drei großen Vergleichsstaaten. Dennoch werden diese Änderungen akzeptiert und von einem relativ größeren Teil der Bevölkerung sogar als Chance wahrgenommen. Demgemäß stehen die Nordländer neuen Technologien in jeder Weise positiver gegenüber als Deutsche, Franzosen und Italiener.

Maßgebend für die geringere Verunsicherung im Norden ist das größere Vertrauen der Nordländer: untereinander ist es rund doppelt so hoch wie in den großen Flächenstaaten, in den Staat ist um ein Viertel höher, in die Politiker doppelt bis viermal so hoch. Die geringere Verunsicherung spiegelt auch, dass die Nordländer ihre Arbeitsplätze als sicherer einschätzen, obwohl die Beschäftigungsverhältnisse nicht bloß in der Vergangenheit kürzer gedauert haben, sondern auch für die Zukunft häufigerer Beschäftigungswechsel erwartet wird als in den großen EU-Staaten. Dahinter steht nicht bloß die Beschäftigungspolitik des Staats, sondern auch ein Ausbildungs- und Organisationssystem der skandinavischen und finnischen Firmen, das rund doppelt so viele Mitarbeiter betrieblich weiterbildet und Verantwortung stärker delegiert. Dahinter steht aber auch eine Strategie der Regierungen, Reformen nicht dadurch erzwingen zu wollen, dass eine Krise des jeweils herrschenden Systems behauptet wird, und ein Systemwechsel unverzichtbar wäre; man scheute im Norden nicht die Überzeugungsarbeit weitgehend konsensualer systemverbessernder Reformen.

(Gunther Tichy)

³ Die Spanier, Griechen und Portugiesen werden hier nicht berücksichtigt um den Vergleich auf Länder mit ähnlich hohem pro Kopf-Einkommen zu beschränken.

Medialer Wandel und Europäische Öffentlichkeit

Das ITA veranstaltet in Kooperation mit dem Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien (IPKW) und der Österreichischen Gesellschaft für Kommunikationswissenschaft (ÖGK) die 10. Kommunikationswissenschaftlichen Tage – KWT'04 – zum Thema „Medialer Wandel und Europäische Öffentlichkeit“.

Die Herausbildung von europäischer Öffentlichkeit beeinflusst die soziale und politische Integration in Europa: Form und Ausmaß europäischer Öffentlichkeit sind mitbestimmend für die demokratische Qualität der Europäischen Union. Öffentlichkeit – verstanden als intermediärer Kommunikationsraum für politische Ak-

teure und Akteure der Zivilgesellschaft – soll sowohl demokratische Funktionen wie Kontrolle, Informationsvermittlung und Meinungsbildung als auch soziale Funktionen wie gesellschaftliche Integration erfüllen. Defizite europäischer Öffentlichkeit werden als zentrale Ursachen für europäische Demokratiedefizite diskutiert. Nachdem Öffentlichkeit maßgebend über das gesellschaftliche Mediensystem hergestellt wird, stellt sich die Frage, ob und wie sich das im Übergang zur Informationsgesellschaft stark wandelnde Mediensystem und damit verbundene Formen elektronischer Demokratie auf die Entwicklung europäischer Öffentlichkeit auswirken.

Die Konferenzbeiträge bieten einen Überblick zum aktuellen Stand der Forschung zur Bedeutung, Entstehung und den Strukturbedingungen europäischer Öffentlichkeit.

Zeit

11. und 12. November 2004 (ganztäglich)

Veranstaltungsort

Europäische Kommission,
Vertretung in Österreich
Kärntner Ring 5-7, Konferenzraum 6. Stock
A-1010 Wien

Anmeldung

Bitte bis 20. Oktober 2004 mit
beiliegendem Anmeldeformular per Fax an:
Cornelia Brantner: +43-1-4277-483 88
oder
Florian Saurwein: +43-1-710 98 83

Programm

Key Note zum Verhältnis von medialem Wandel und europäischer Öffentlichkeit:
Friedhelm Neidhardt (Berlin)

Theoretische Konzepte europäischer Öffentlichkeit:
Gerd G. Kopper (Dortmund)
Stefan Tobler (Zürich)
Elisabeth Klaus (Salzburg)

Aktuelle empirische Befunde zu Stand und Entwicklung der Europäisierung von Öffentlichkeit:
Marcel Machill, Markus Beiler & Corinna Fischer (Leipzig)
Jessica Erbe (Berlin)
Barbara Pfetsch (Hohenheim) & Ruud Koopmans (Amsterdam)
Klaus Eder & Hans-Jörg Trenz (Berlin)
Irene Neverla (Hamburg)
Katharina Kleinen-v.Königslöw & Michael Brüggemann (Bremen)

Bedeutung medialer Strukturbedingungen für europäische Öffentlichkeit:

Oliver Hahn, Karen Rosenwerth & Roland Schröder (Dortmund)
Werner A. Meier & Josef Trapp (Zürich)
Christian Steininger (Salzburg)

Beitrag von Journalismus & öffentlichem Rundfunk:

Roman Hummel (Wien)
Hans J. Kleinsteuber (Hamburg)
Barbara Thomaß (Bochum)

Rolle von Zivilgesellschaft und Politik:

Silke Adam (Hohenheim)
Christiane Eilders, Uwe Hasebrink & Anja Herzog (Hamburg)
Roman Winkler (Wien)
Boris Romahn (Salzburg)

Beitrag der Kommunikationswissenschaft zur Analyse europäischer Öffentlichkeit:

Josef Seethaler (Wien)
Wolfgang R. Langenbacher (Wien)

Tagungsleitung

Wolfgang R. Langenbacher (IPKW)
Michael Latzer (ITA)

Organisation

Cornelia Brantner (IPKW)
Florian Saurwein (ITA)

Detaillierte Informationen

<http://www.oeaw.ac.at/ita/kwt04/>

(Michael Latzer)

Datenbank für ITA-Veranstaltungen online

Das ITA hat den Elfenbeinturm schon vor langem verlassen. Es organisiert seit etwa vier Jahren in mehreren Reihen öffentlich zugängliche Veranstaltungen: (1) das monatlich stattfindende ITA-Seminar in der Bibliothek mit externen, oft internationalen Vortragenden zur Technikfolgenabschätzung und verwandten Themen; (2) die jährliche österreichische TA-Konferenz, ebenfalls mit wachsender internationaler Beteiligung, vor allem aus dem deutschsprachigen Raum; und (3) die Vortragsreihe zu Health Technology Assessment und Evidence Based Medicine, in unregelmäßigen Abständen mit prominenten Vortragenden aus Wissenschaft und Gesundheitspolitik. Dazu kommen noch einige weitere Veranstaltungen, wie Konferenzen außerhalb der TA-Reihe oder Beteiligungen an der Science WeekAustria – alles in allem 75 Veranstaltungen seit Herbst 2000.

Schon bisher wurden diese Ereignisse nicht nur direkt über unseren E-Mail-Verteiler Interessierten angekündigt, sondern waren auch ein wichtiges Element des umfassenden Informations-

angebots des ITA im World Wide Web. Wir sind auch weiterhin bemüht, Termine, Titel, Kurzfassungen und Links zu weiterführenden Quellen zu diesen Veranstaltungen zu archivieren. Angesichts der stets steigenden Anzahl von Einträgen in unserem Terminkalender erwies es sich als notwendig, die bisherigen einfachen Listen in eine eigene Datenbank zu überführen. Seit kurzem ist nun diese neue Kalenderdatenbank online. Neben der für uns vereinfachten Termin- und Archivverwaltung ergibt sich auch ein Vorteil für die UserInnen der ITA-Homepage: Ein zusätzliches Suchformular (neben der Publikations- und der Projektsuche) gestattet es, gezielt nach Terminen zu suchen. Dabei kann im Veranstaltungstitel gesucht werden. Die Suche kann auch nach den Namen der Vortragenden, dem Zeitraum und der Veranstaltungsart eingeschränkt werden.

Termine:

<http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene2/d2-11.htm>

E-Mail-Verteiler:

<http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene3/d2-9d.htm>

(Michael Nentwich)

Internationale HTA-Jahrestagung in Krakau

Leistungsschau, Trends und Tendenzen

Die internationale Gesellschaft für Health Technology Assessment (HTAi vormals ISTAHC) veranstaltete ihre 20ste Jahrskonferenz, und war mit 600 TeilnehmerInnen aus 45 Ländern nicht nur gut besucht sondern war auch erstmals in einem der neuen EU-Länder (Polen) zu Gast. Neben der Möglichkeit, sich einen Überblick über die Leistungen, d. h. die Assessment-Produktion der zahlreichen non-profit (in INAHTA organisiert), aber auch for-profit (z. B. ECRI, Hayes) Institutionen zu informieren, waren auch Trends und Tendenzen bei Methoden, Implementierungsinstrumenten, Beziehungen zur Industrie zu beobachten und wurde diskutiert.

HTA: Innovationshemmnis oder -motor ?

In der Darstellung verschiedener Implementierungsinstrumente und deren Impact stand implizit das unterschiedliche Niveau der Verankerung von HTA als Politikinstrument zur Diskussion: Systematische Evaluation junger/neuer Leistungen zur Entscheidung über (öffentliche) Refundierung finden seit langem (seit 10-15 Jahren) vor allem in Australien, Großbritannien, Kanada, Spanien und Schweden statt. Hier wird verstärkt auf die Rolle von HTA in einer aktiven Forschungs- und Technologiepolitik, also als Innovationsmotor diskutiert. Während HTA in einer ersten Phase der Einführung als Politikinstrument primär als Innovations-

hemmnis von Industrie und Ärzteschaft erlebt wird (Österreich und Deutschland befinden sich in dieser Phase), wird es in einer zweiten Phase als Filter zur Differenzierung und Ausscheidung kostentreibender, aber nicht innovativer Interventionen verwendet. Einige dieser Phase 2-Länder (Niederlande, Schweiz) entwickeln und verwenden Instrumente, um eine unklare Evidenzlage durch Anwendungswissen aus klinischer Praxis zu bereichern: Anwendungsregister und zeitlich limitierte Anwendungen unter Evaluation. In jenen Ländern, in denen HTA bereits verankert und ein Teil der Entscheidungskultur ist, kann dann auch die erlebte „Bedrohung“ in eine zukunftsorientierte Forschungspolitik transformiert werden. Ehrlichkeitshalber ist zu sagen, dass Phase 3 – (Gesundheits-)Technologiepolitik, die auf der Formulierung bedarfsorientierter Forschungsfragen basiert und nicht allein Industriepolitik ist – noch in den Kinderschuhen steckt.

HTA und Industriebeziehungen

Festgefahren scheint dagegen die Diskussion zu möglichen Kooperationsfeldern zwischen HTA und Industrie. Polarisierend wirken hier Begriffe wie „Bias“ (im Forschungsdesign, in der Auswahl der Patienten, in der Publikation etc.) und „Analogpräparate“ (engl. Me-Too). Gemeinsame Sprache findet man eher im pre-marketing und pre-Zulassungsbereich und in der Diskussion zu einer möglichen Zusammenarbeit bei der Erstellung von Forschungsprotokollen für klinische Studien oder Phase IV Anwendungsregister, bei der Standardisierung der Ärzthonorierung und anderen ethischen Fragestellungen. Wie wichtig aber eine Kooperation mit der Industrie ist, zeigt sich in der Etablierung von 3 neuen Emerging Technologies/Horizon Scanning HTA-Programmen.

Ältere HTA-Institutionen haben seit langem „Emerging Technologies“ (Kanada: CCOHTA http://www.ccohta.ca/entry_e.html), „Horizon Scanning“ (GB: NHSC <http://www.publichealth.bham.ac.uk/horizon/outputs.htm>) „Alert“ (Schweden: SBU <http://www.sbu.se/www/index.asp>) oder „Techscan“ Programme (Canada/Alberta: AHFMR <http://www.ahfmr.ab.ca/publications.html>). Nun haben 3 weitere Institutionen derartige Programme, in denen systematisch Industrieinforma-

tionen und Klinische Phase II-Studien ausgewertet werden, eröffnet: in Dänemark (DACETA: „Early Warning“), Australien (NET-S-chirurgische Interventionen <http://www.surgeons.org/asemip-s/net-s/index.htm>) und Spanien (ATES/SINTESIS <http://www.isciii.es/publico/>). Die frühe Identifikation neuer Technologien ist in hohem Ausmaß von dem Zugang zu Industrie-Informationen abhängig. Systematiken zur Abschätzung der klinischen Bedeutung und des ökonomischen Impacts, sowie der Selektion für erweiterte Evaluation waren Inhalt des wissenschaftlichen Austausches.

Markt und HTA: „Austherapierte“ und Palliativ-Patienten

Mit der Zunahme älterer chronisch kranker Patienten eröffnen sich zwei große neue Märkte resp. medizinische Anwendungsfelder: das Anwendungsfeld der degenerativen Erkrankungen im Bewegungsapparat, die mit Abnutzung und Alter assoziiert sind, ist ein Bereich, in dem zahlreiche – wenig evidenzbasierte – neue Technologien auf den Markt drängen. Die sog. „austherapierten Fälle“, also Patienten, bei denen alle herkömmlichen etablierten Methoden versucht wurden, haben einen Leidensdruck und bewirken dementsprechend eine Nachfrage. Andererseits bewirken einige onkologische Therapien die Verlängerung der letzten Lebensmonate. Palliativtherapien, die nicht zur Verlängerung, aber – ebenfalls wenig evidenzbasiert – zur Leidenserleichterung beitragen sollen, drängen auf den Krankenhausmarkt. Auf der HTAi-Konferenz diskutiert wurde in diesem Kontext der Beitrag von HTA zu einem „mündigen Patienten“ als wesentlicher Nachfrager nach Leistungen. Eine finnische Studie zeigte allerdings die starken Interdependenzen von Patientenorganisationen mit industriellen Förderern und den damit verbundenen Mangel an unabhängiger Information

Der Einführungsvortrag von Lech Walesa befasste sich mit jener Werthaltung, mit der er selbst große Bekanntheit erlangte: Solidarnosc. Mit charismatischen Worten sprach er die Notwendigkeit an, das solidarische Gesundheitssystem durch die Konzentration auf die Erbringung wirksamer Leistungen zu stärken.

Was einfach klingt (Assessments zu erarbeiten), ist in der alltäglichen Praxis deutlich schwieriger. HTA lebt im Spannungsbereich, wissenschaftlich präzise und gleichzeitig politisch relevante Aussagen zu machen, komplexe Inhalte verständlich darzustellen sowie mit beschränkten

Kapazitäten selektiv vorzugehen und den Innovationsbedarf der Gesundheitsversorgung nicht zu dämpfen – ein Balanceakt!

(Claudia Wild)

Initiative zu Analogpräparaten

Das „Oregon Drug Class Review“ Projekt

Seit 2003 wird am Oregon EPC/Evidence-based Practice Center das „Oregon Drug Class Review“ Projekt gearbeitet: In systematischen Übersichtsarbeiten wird die Wirksamkeit von Medikamenten innerhalb derselben Klasse verglichen. Die Ergebnisse sind nicht nur aus klinischer Perspektive interessant, sondern insbesondere für die Gesundheitspolitik von Relevanz, müssen sich kostenintensive patentgeschützte Medikamente den Vergleich mit billigen Generika gefallen lassen. Derzeit sind 11 derartige comparative Analysen, die im Übrigen alle 6 Monate „updated“ werden frei verfügbar. Die Pharmafirmen stehen diesem Projekt – naturgemäß – sehr kritisch gegenüber.

Es zeigt sich, dass die Unterschiede der verschiedenen Präparate innerhalb derselben Medikamenten-Klasse (häufig) sehr gering sind. Verglichen werden die Efficacy/Wirksamkeit im klinischen Setting, der Response/das Ansprechen und der Speed of Response/Ansprechdynamik, Nebenwirkungen, Wirksamkeit bei Subgruppen, Outcome und Nutzen wie Lebensqualität für Patienten.

Bislang wurden systematische Reviews zu folgenden Medikamentenklassen gemacht:

Ace-Inhibitoren, Beta Adrenergic Blockers, Calcium Blocker, Östrogene, long acting Opioide, Non-Steroidal Anti-Inflammatory Drugs, Protonen-Pumpen Hemmer, Oral Hypoglycemics, Skeletal Muscle Relaxants, Statins, Triptans, Urinary Incontinence Drugs, Angiotensin Receptor Blockers, Antidepressants, 2nd Generation, Anti-Epileptic Drugs, Antihistamines (2nd Generation), Atypical Antipsychotics folgen demnächst.

Das „Oregon Drug Class Review“ Projekt ist durch öffentliche Gelder finanziert; die Themen werden durch die Gesundheitsverwaltung der Staaten Washington und Idaho in Auftrag gegeben. Methodisch wird entsprechend dem Prozess in systematischen Übersichtsarbeiten vorgegangen: umfangreiche Literatursuche in den bekannten Datenbanken, aber auch hand-searching, Qualitäts- und Validitätsassessment der inkludierten Studien von zumindest 2 unabhängigen Reviewern, Datenextraktion durch zumindest 2 Reviewer, Datensynthese und Erstellung von Evidenztabellen. Danach Peer Review durch externe klinische Fachexperten zum spezifischen Thema;

<http://www.ohsu.edu/drugeffectiveness/>.

(Claudia Wild)

Publikationen der letzten 3 Monate

Referierte Artikel

- Aichholzer, G., 2004, *Scenarios of e-government in 2010 and implications for strategy design*. EJEJ Electronic Journal of e-Government, 2 (1), 1-10, <http://www.ejeg.com/volume-2/volume2-issue-1/v2-i1-art1.htm>.
- Gaskell, G., Allum, N., Wagner, W., Kronberger, N., Torgersen, H., Hampel, J., Bardes, J., 2004, *GM foods and the misperception of risk perception*. Risk Analysis 24, 185-194.
- Torgersen, H., 2004, *The real and perceived risks of genetically modified organisms*. EMBO reports 5, special issue, 1-5.
- Wild, C., M. Narath, 2004, *Evaluating and planning ICUs: Methods and approaches to differentiate between need and demand*. In: Health Policy, 2004.

Artikel/Buchbeiträge

- Aichholzer, G., 2004, *Electronic Access to Public Sector Information: Some Key Issues*. In: Roland Traunmüller (ed.), *Electronic Government. Third International Conference, EGOV 2004, Zaragoza, Spain, August/September 2004, Proceedings, Berlin, Heidelberg*: Springer, 525-528.
- Bogner, A., Menz, W., 2004, *ExpertInnen-Interviews: Konzepte, Gesprächsführung, Auswertung*. In: MedienJournal 28(2), 11-26.
- Latzer, M., Schmitz, St., 2004, *B2C e-commerce: a frictionless market is not in sight. – Arguments, empirics and policy implications*. In: Preissl, B., Bouwman, H., Steinfield, Ch. (eds.): *E-Life after the Dot Com Bust*, Heidelberg/New York: Physica-Verlag, 39-61.
- Tichy, G., 2004, *Technikfolgen-Abschätzung: Entscheidungshilfe in einer komplexen Welt*, ITA manu:script ITA-04-02, June, http://www.oeaw.ac.at/ita/pdf/ita_04_02.pdf.
- Wild, C., 2004, *In unserem Gesundheitswesen ist noch viel „Luft im System“*. Gastkommentar in: Clinicum 1-2/04, 54. Nachtrag zu ÖKZ.

Forschungsberichte

- Bogner, A., 2004, *Partizipative Politikberatung am Beispiel der BürgerInnenkonferenz 2003 (Analyse)*. Endbericht. Institut für Technikfolgen-Abschätzung, im Auftrag des Rats für Forschung und Technologieentwicklung und des Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds, Wien, August, <http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/d2-2c14.pdf>.
- Felder-Puig, R., Wild C., 2004, *Current research and funding in the EU25 countries in the area of asthma in children*. Fast-track study initiated by the Joint Research Centre of the European Commission. Vienna June, <http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/e2-2b27.pdf>.
- Jonas, S., Jessner, W., Rafetseder, O., Wild, C., 2004, *Chronische Hepatitis C – Implikationen für Therapie und ökonomischen Ressourceneinsatz in Österreich*. Institut für Technikfolgen-Abschätzung, Wien, Juni, <http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/d2-2b26.pdf>.

Konferenzbeiträge/Vorträge

- Aichholzer, G., 2004, *Electronic Access to Public Sector Information: Some Key Issues*. 3rd International Conference on Electronic Government, EGOV04 within the DEXA Conference Framework, Zaragoza, Spain, 30 August – 3 September.
- Aichholzer, G., 2004, *Zum 'Digital Divide' in Österreich*. Parlamentarische Enquete zum Thema „Überwindung der 'Digital Divide' als regionale Herausforderung“, Parlament, Wien, 24. Juni.
- Bogner, A., 2004, *Alternative rationalities and national differences? Technology assessment through laypeople and experts in Germany and Austria*. 4S-EASST Meeting „Public Proofs – Science, Technology and Democracy“, 25.–28. August, Paris.
- Nentwich, M., 2004, *Cyberwissen und Digitale Spaltung*. Vortrag auf der TA'04 „Exklusive Technik“, Wien, 7. Juni, <http://www.oeaw.ac.at/ita/ta04/Nentwich.pdf>.
- Nentwich, M., 2004, *Elektronisches Publizieren aus Sicht des Wissenschafters*. Vortrag auf der Tagung „Digitale Publikationen an österreichischen Universitäten und Fachhochschulen. Zugänglichkeit und langfristige Archivierung – eine gemeinsame Herausforderung. Österreichische Nationalbibliothek, Wien, 15. Juni, http://www.onb.ac.at/about/lza/veranstaltungen/juni2004/docs/nentwich-ONB_2004-06-15.pdf.
- Nentwich, M., 2004, *The Institute of Technology Assessment*. Visit of a delegation of the Chinese Academy of Sciences, 19. Juli, Wien.
- Nentwich, M., 2004, *The 'shadow of the format' and other representational effects on research substance in the age of cyberscience*. 4S-EASST Meeting „Public Proofs – Science, Technology and Democracy“, Session „Cyberscience – How Information Technologies Impact On Knowledge Creation“, 25.–28. August, Paris, <http://www.oeaw.ac.at/ita/ebene5/nentwich4SEASSTParis04.pdf>.
- Peissl, W., 2004, *Wenn Exklusion zum Zweck wird*. Vortrag auf der TA'04 „Exklusive Technik“, Wien, 7. Juni, <http://www.oeaw.ac.at/ita/ta04/Peissl.pdf>.
- Wild, C., 2004, *Erhaltung des solidarischen Gesundheitssystems durch Ausgrenzung von Scheininnovationen: Health Technology Assessment als Methode*. Vortrag auf der TA'04 „Exklusive Technik“, Wien, 7. Juni, <http://www.oeaw.ac.at/ita/ta04/Wild.pdf>.
- Wild, C., M. Narath, W. Frank, M. Hiesmayr, 2004, *Evidence based ICU-bed planning*. Poster bei ÖGPH-Tagung 22./23.4.2004 Linz & HTAi-Konferenz 30.5.–2.6.2004 in Krakau/Polen.
- Wild, C., St. Puig, 2004, *Non-ionic contrast media: Clinical relevanz of different CM-products*. Poster bei ÖGPH-Tagung 22./23.4.2004 in Linz & bei HTAi-Konferenz 30.5.–2.6.2004 in Krakau/Polen.

Sonstiges/Kurzbeiträge

- Nentwich, M. und Reis, L., 2004, *Frequently Asked Questions (FAQ) e-Urheberrecht für die Praxis der Wissenschaft*. online, http://www.oeaw.ac.at/personalwesen/e-urh_FAQ/.
- Wild, C., 2004, *Health Technology Assessment*, HTA-Newsletter, Augustnummer, <http://www.oeaw.ac.at/ita/hta/htaNL0604.pdf>.
- Winkler, R., 2004, *Exklusive Technik? TA'04-Tagungsbericht*. In: Technikfolgenabschätzung. Theorie und praxis Vol. 13 Nr. 2, Juni, 128-13, <http://www.itas.fzk.de/tatup/042/wink04a.htm>.

In der Reihe des ITA sind bisher erschienen*Privacy – Ein Grundrecht mit Ablaufdatum?*

Interdisziplinäre Beiträge zur Grundrechtsdebatte. Wien 2003,
ISBN 3-7001-3232-8, 183 Seiten, € 29,00

Cyberscience: Research in the Age of the Internet, Wien 2003,

ISBN 3-7001-3188-7, 591 Seiten, € 59,00

Handbuch Strategische Umweltprüfung – Die Umweltprüfung von Politiken, Plänen und Programmen. Wien 1997

ISBN 3-7001-2687-5, 160 Seiten, € 28,34,

2. Auflage 2000, 193 Seiten, € 57,41

Loseblatt-Ausgabe, die regelmäßig aktualisiert wird

1. Aktualisierungs-Lieferung, September 2001

2. Aktualisierungs-Lieferung, Juli 2003

Wohnen und Neue Medien – Technikfolgenabschätzung des Einsatzes neuer Medien im Tätigkeitsbereich gemeinnütziger Wohnbauträger. Wien 1998,

ISBN 3-7001-2762-6, 106 Seiten, € 28,34

Technikfolgen-Abschätzung in Österreich – Entscheidungshilfe in einer komplexen Welt, Beispiele aus der Praxis. Wien 1997,

ISBN 3-7001-2621-2, 378 Seiten, € 50,14

Biotechnologie in der Öffentlichkeit – Von der Risikodiskussion zur Technikgestaltung. Wien 1997, ISBN 3-7001-2644-1, 72 Seiten, € 13,80

Die Bände sind über den Fachbuchhandel und den
Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zu beziehen.

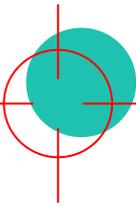
Verlag der Österreichischen
Akademie der Wissenschaften
Postfach 471
Postgasse 7/4
A-1010 Wien

Tel.: +43-1-51581/3401, 3402, 3405, 3406

Fax: +43-1-51581/3400

E-Mail: verlag@oeaw.ac.at

<http://verlag.oeaw.ac.at/>



11. Oktober 2004, 17–19 Uhr

Christine Bellamy
Nottingham Trent University
(Faculty of Economics and Social Sciences)

**„Joining up government: Thoughts
from the UK on Modernising Government“**
(Vortrag auf Englisch)

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5
Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN



11.–12. November 2004

KWT´04
Medialer Wandel
und Europäische Öffentlichkeit

10. Kommunikationswissenschaftliche Tage

Europäische Kommission

Vertretung in Österreich, Wien
<http://www.oeaw.ac.at/ita/kwt04/>



INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN





16. November 2004, 17–19 Uhr

George Gaskell

Methodology Institute and Department of Social Psychology,
London School of Economics and Political Science (LSE)

**„Biotechnology and the Public:
Lessons learned for technologies to come“**
(Vortrag auf Englisch)

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5
Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



23. November 2004, 10–12 Uhr

Günther Jonitz

Präsident der Berliner Ärztekammer

„Ärztammerpolitik und EBM/HTA?“

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5
Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588





14. Dezember 2004, 17–19 Uhr

Renée Schroeder

Institut für Mikrobiologie und Genetik, Universität Wien

**„Erfahrungen mit und in Ethik-Kommissionen:
zum Verhältnis von Politik und
Naturwissenschaften“**

Ort: Bibliothek des ITA, 1030 Wien, Strohgasse 45, 3. Stock, Tür 5

Um Anmeldung wird gebeten: per E-Mail: torg@oeaw.ac.at
bzw. telefonisch: (01)-515 81/6588



INSTITUT FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN



Die **ITA** News

werden herausgegeben vom Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ITA). Für weiterführende Fragen zu den in dieser Ausgabe behandelten Themen und zur Technikfolgen-Abschätzung im allgemeinen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

*Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA)
der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
A-1030 Wien, Strohgasse 45/5/3. Stock
Tel.: +43-1-515 81/6582
Fax: +43-1-710 98 83
E-Mail: tamail@oeaw.ac.at
<http://www.oeaw.ac.at/ita>*

Leiter des Instituts:

Univ.-Prof. Dr. Gunther TICHYDW 6580.....gtichy@oeaw.ac.at

Mitarbeiter:

Dr. Georg AICHHOLZERDW 6591aich@oeaw.ac.at

Dipl.Soz.Dr. Alexander BOGNER.....DW 6595abogner@oeaw.ac.at

Mag. Ing. Johann ČAS.....DW 6581jcas@oeaw.ac.at

Dr. Susanna JONAS.....DW 6586sjonas@oeaw.ac.at

Univ.-Doz. Mag. Dr. Michael LATZERDW 6592latzer@oeaw.ac.at

Univ.-Doz. Mag. Dr. Michael NENTWICHDW 6583mnent@oeaw.ac.at

Mag. Dr. Walter PEISSLDW 6584wpeissl@oeaw.ac.at

Mag. Susanne SCHIDLER.....DW 6593sschidl@oeaw.ac.at

Beate SCHLEIFER.....DW 6587tamail@oeaw.ac.at

DI Dr. Mahshid SOTOUDEH.....DW 6590msotoud@oeaw.ac.at

Sabine STEMBERGER.....DW 6582sstem@oeaw.ac.at

Dr. Helge TORGERSEN.....DW 6588torg@oeaw.ac.at

Dr. Claudia WILD.....DW 6589cwild@oeaw.ac.at

Mag. Roman WINKLER.....DW 6585rwinkler@oeaw.ac.at

E-Mail-Newsservice: Wenn Sie an Berichten, Newslettern, Veranstaltungshinweisen etc. interessiert sind, abonnieren Sie sich bitte mit einer kurzen Mail an majordomo@oeaw.ac.at mit folgendem Text:
„subscribe itanews Ihre@email.adresse“.